Missio: Christliche Menschenrechtler in Algerien enttäuscht

11. April 2022



Aachen (KNA) Im neuen „Länderbericht Religionsfreiheit: Algerien“ des katholischen Hilfswerks missio Aachen zeigen sich christliche Menschenrechtler über die politische Entwicklung des nordafrikanischen Landes enttäuscht. Algerien erhält wegen groÿer Erdgasvorkommen als potenzieller Energielieferant neue Bedeutung. Nach dem durch eine breite Protestbewegung erzwungenen Rücktritt des Präsidenten Bouteika 2019 habe es keinen „radikalen Bruch mit der bisherigen Politik und kein entschiedenes Eintreten gegen Klientelismus und Korruption“ gegeben, so die im Land lebenden Autoren, die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben wollen.

Vielmehr sei beispielsweise die neue algerische Verfassung von 2021 „mit Blick auf das Thema Religionsfreiheit als ein deutlicher Rückschritt zu bezeichnen“, heißt es weiter: „So wurden etwa der Schutz der Gewissensfreiheit und weitere Bezüge zur religiösen Freiheit gestrichen.“ Auch die Präsidentschaftswahlen 2019 und die Parlamentswahlen 2021 hätten keinen echten Neubeginn gebracht.

Nicht-muslimische Bürgerinnen und Bürger werden laut Bericht vor allem im Familien- und Erbrecht benachteiligt. Dies gelte etwa für Mütter oder Ehefrauen nicht-muslimischer Herkunft, die beim Tod ihres Ehemannes keinen Anspruch auf Erbe, Wohnung, Zugang zu Konten oder das Sorgerecht hätten. Daneben beobachten die Autoren auch einen

wachsenden Druck auf säkulare Bewegungen und Bürger mit atheistischen Ansichten, die in Algerien immer präsenter würden.

Zugleich machen die Autoren deutlich, dass sich trotz der politischen Schwierigkeiten die „algerische Gesellschaft und die Religionsgemeinschaften vor Ort für ein friedliches Zusammenleben in Freiheit einsetzen“. Dies eröffne neue Dialogchancen zwischen den Angehörigen verschiedener Religionen und lokaler Initiativen.

Laut dem Bericht leben in Algerien rund 12.000 katholische Christinnen und Christen in vier Bistümern. Dazu kämen zwei offiziell anerkannte Verbände. Die katholische Kirche werde von den Behörden korrekt behandelt. So habe sich der Staat an der Restaurierung von Gebetsstätten finanziell beteiligt und katholische Veranstaltungen logistisch unterstützt.

Dagegen würden die Behörden eher die protestantische Kirche Algeriens mit rund 20.000 Gläubigen mit Schikanen belegen. „Einer der Hauptgründe scheint die Tatsache zu sein, dass die Protestanten überwiegend Algerier sind, die vom Islam konvertierten“, so die Autoren.

© KNA

Beitragsbild: Daoud Abismail via unsplash.com

Stand: 18. November 2026